

Vieles muss anders werden

Prof. Dr. Herta Däubler-Gmelin

Seit langen Jahren versuchen Nichtregierungsorganisationen in unermüdlicher praktischer Arbeit und politischer Lobby, die Lage von Flüchtlingen in Deutschland und in Europa zu verbessern. Leider finden sie in der Politik der Bundesregierung und auch der Landesregierungen viel zu wenig Gehör.

Bei Mitgliedern des Menschenrechtsausschusses des Deutschen Bundestages ist es noch am ehesten möglich, die schlimmen Menschenrechtsverstöße, die bürokratischen Unmenschlichkeiten und das insgesamt unfaire System zur Sprache zu bringen – in diesem Ausschuss hören auch Mitglieder konservativer Parteien gelegentlich zu.

Schon bei den Innenpolitikern des Bundestages oder der Landtage ist es anders: Hier wird das Dilemma zwischen den Interessen der Flüchtlinge, die ihre Heimat verlassen haben, weil sie dort keinerlei Zukunft für sich und ihre Familien mehr sehen, und den vermeintlichen Interessen des deutschen Staatswesens nicht gesehen oder zugunsten der politischen Interessen entschieden, die im Wahlkampf häufig genug der wahlberechtigten Mehrheit suggerieren, Fremde, Flüchtlinge und ihre Familien brächten bei uns das Boot des Wohlstands zum Sinken oder wenigstens ins Schlingern. Damit kann man immer noch Vorurteile mobilisieren – deshalb erleben wir solche üblen populistischen Tiraden immer wieder, zu meist von Ministerpräsidenten, die um ihre Mehrheit bangen müssen.

Da Bund und Länder, insbesondere die Innenminister, bei allen Flüchtlingsfragen übereinstimmend beschließen müssen, sitzt hier eins der schwierigsten Probleme, das bisher wirkliche Verbesserungen blockierte.

EINE HUMANE FLÜCHTLINGS-POLITIK IST ÜBERFÄLLIG

Im Bundestagswahlkampf 2009 hat es nicht viele laute ausländer- und flüchtlingsfeindliche Töne gegeben, andere Fragen standen im Vordergrund. Schlimm ist jedoch, dass dieser politische Populismus immer wieder aufs neue mobilisiert werden kann und damit die Chance blockiert, die Probleme im Bereich des Asyl- und Flüchtlingsschutzes sachlich und im Sinne völker- und europarechtlicher Vorgaben zu lösen und so dem Schicksal schutzsuchender Menschen gerecht zu werden.

Genau das ist jedoch nötig. Das fordern nicht allein die Hilfsorganisationen für Flüchtlinge und immer wieder auch die Kirchen, sondern auch die Vertreter von UN und EU, vor allem aber auch des Europarates und die Parlamentarier des Europarates, die sich besonders um Fragen der Menschenrechte kümmern.

Was also ist nötig:

Die Praxis der deutschen Flüchtlings- und Ausländerbürokratie muss menschlicher gestaltet werden.

Deutschland muss in der EU endlich dafür sorgen, dass statt der ungeheuren Ausgaben für die Grenzagentur FRONTEX mehr praktische und finanzielle Möglichkeiten geschaffen werden,

- um ein jährliches Resettlement-Kontingent und einheitliche Schutzstandards europaweit umzusetzen und auszuschließen, dass Flüchtlinge in Länder verschoben werden, die keine einheitlich guten Schutzstandards haben;
- um Minderjährigen im Asylverfahren Schutz, Hilfe und Lebensperspektiven zu geben;

■ um die oft schlimmen und rechtswidrigen Bedingungen im Flughafenverfahren zu verbessern;

■ um die gefängnisähnlichen Bedingungen von Menschen in Abschiebungshaft auch in Deutschland so zu verändern, dass unschuldige Menschen nicht mehr ihrer Freiheit beraubt werden können, nur weil sie keine gültigen Ausweispapiere haben;

■ um Flüchtlingen und ihren Familien, die seit Jahren in der Bundesrepublik leben und hier längst Wurzeln geschlagen haben, endlich Schutz und einen gesicherten Aufenthaltsstatus zu geben; denn beides ist die Voraussetzung dafür, dass Menschen Fuß fassen, sich integrieren, ihren Kindern eine gute Ausbildung ermöglichen und auf neue Lebenschancen hoffen können.

Schließlich ist es besonders wichtig, die überbürokratisierte und praxisferne, häufig genug schikanierende Unterstützung für Flüchtlinge so zu gestalten, dass sie und ihre Familien ein menschenwürdiges Leben führen können.

Viele Flüchtlinge sind traumatisiert. Folter, Todesangst und andere Belastungen verfolgen sie häufig lange Jahre hindurch. Einer meiner Freunde, der als Kind als Boat People aufgenommen wurde, schläft auch heute, also Jahrzehnte nach diesen furchtbaren Erlebnissen, wochenlang nicht. Er und viele andere Flüchtlinge haben diese Traumata vor oder während ihrer Flucht erlitten; bei immer mehr von ihnen werden die Belastungen jedoch durch die überbürokratisierten, unsicheren und wenig menschlichen Bedingungen, unter denen sie bei uns leben müssen, immer schlimmer. Und leider häufen sich auch die Fälle, in denen insbesondere die ständige Unsicherheit während des Aufenthaltes hier neue Traumatisierungen schafft.

Alles das dürfen wir nicht länger hinnehmen.

Wir brauchen endlich großzügigere Aufenthalt-Regelungen und Sicherheit schaffende Aufenthaltserlaubnisse. Kinder von Flüchtlingen müssen die Möglichkeit haben, nicht nur die Hauptschule abzuschließen, sondern auch Ausbildungsgänge an Gymnasien und Hochschulen. Auch eine qualifizierte Berufsausbildung muss zum Normalstandard gehören.

Das entspräche nicht nur menschlicher Fairness, sondern ist auch ein Gebot der Klugheit: Deutschland altert, wir sollten daher die Begabungen der Kinder von Flüchtlingen fördern, statt sie auszugrenzen.

GEGEN BÜROKRATISCHE HÜRDEN VORGEHEN!

Mir liegt noch ein weiterer Punkt am Herzen: Es gibt, und dafür bin ich ausgesprochen dankbar, in allen Teilen Deutschlands Menschen aller Altersgruppen, die sich um Flüchtlinge und ihre Familien kümmern. Die bei Hausaufgaben der Kinder, im Berufsleben der Eltern und bei Problemen in allen möglichen Bereichen des Lebens helfen und zum Beispiel mitgehen, wenn Gänge zu Behörden fällig werden. Wie wichtig so etwas sein kann, habe ich erst neulich wieder erfahren: Eine indische Flüchtlingsfrau, die in einem kleinen Restaurant für 400 Euro schwer genug arbeitete, sah sich eines Monats plötzlich vor geschlossenen Türen. Der Restaurantbesitzer hatte Konkurs gemacht, ohne ihr den Lohn für die letzten zweieinhalb Monate zu bezahlen. Ohne ihre deutsche Freundin hätte diese Frau nicht erfahren, dass ihr Konkursausfallgeld zustand; keine Behörde, kein Insolvenzverwalter hat sie darauf aufmerksam gemacht. Das ist eine Schande und zeigt, dass wir uns alle verantwortlich fühlen und helfen müssen, wo immer wir das können.



Prof. Dr. Herta Däubler-Gmelin bei der Preisverleihung des Menschenrechtspreises 2009 der STIFTUNG PRO ASYL an Nissrin Ali und Felleke Bahiru Kum.

Es gibt glücklicherweise auch Einrichtungen, die bei der Überwindung von Traumata helfen. Dort arbeiten Psychologen und Ärzte, Sozialarbeiter und Ehrenamtliche aus anderen Berufen bis an die Grenze ihrer Leistungsfähigkeit, häufig auch darüber hinaus. Es ist bedrückend, wie diese Einrichtungen jedes Jahr um ihre finanziellen Mittel kämpfen müssen; es ist blamabel zu erleben, wie die zuständigen Landesbehörden sich auf den Bund, und dieser sich auf die EU beruft: Geld ist da, Finanzierungsregelungen auch, aber jede dieser Instanzen mischt mit und häufig genug stehen nicht die Notwendigkeiten der Arbeit dieser großartigen Einrichtungen, sondern Bürokratismen und Eitelkeiten im Vordergrund.

Das alles muss anders werden. Es kann in diesen Fragen Gemeinsamkeiten zwischen Abgeordneten geben und die politische Umsetzung dieser Gemeinsamkeiten muss durch Kirchen, NGOs und vor al-

lem durch eine für diese Probleme offene Bevölkerung stärker beeinflusst werden. Lassen Sie uns dabei helfen. Nicht allein wegen der Menschen, die unsere Einmischung und unseren Schutz brauchen. Sondern auch deshalb, weil unsere Gesellschaft nur so gut und menschlich sein kann, wie wir sie machen. ■